18. Januar 2024
#2 / 2024

iwd

ISSN 0344-919X | *Informationen aus dem Institut der deutschen Wirtschaft* | G 4120

Die kranke Versicherung

Gesetzliche Krankenversicherung. Die deutsche Bevölkerung wird immer älter. Das stellt die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) vor ein massives Problem: Durch mehr ältere Patienten schießen die Ausgaben in die Höhe. Da die GKV umlagefinanziert ist, steigt der Beitragssatz. Jüngere Generationen müssen also immer mehr Geld zahlen, damit die Ausgaben gedeckt sind – und dadurch bröckelt auf Dauer das Solidaritätsversprechen. Im iwd-Interview schlägt Jochen Pimpertz, Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung im IW, deshalb eine Reform vor, die das Solidaritätsprinzip wahrt und die GVK-Ausgaben stabilisiert. → *Seiten 2–7*

Nahostkonflikt
Die neuen geopolitischen Unsicherheiten infolge des Nahostkonflikts könnten auch die deutsche Wirtschaft schwächen. Eine Ölkrise droht aber eher nicht.
→ *Seiten 10–11*

Künstliche Intelligenz
Der sogenannte AI Act der Europäischen Union setzt auch für Deutschland den Rechtsrahmen in Sachen künstliche Intelligenz. Viele Details sind aber noch unklar.
→ *Seiten 12–13*

Weitere Themen +++ Krankenstand +++ Beschäftigung +++ Top-Liste: Landwirtschaft in der EU +++ Zahl der Woche: Heim- und Pflegekinder

Ausgabenanstieg bremsen

Gesetzliche Krankenversicherung. *Die Bundesregierung hat den Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung in den vergangenen Jahren immer wieder erhöht. Der Grund: immens gestiegene Ausgaben der Kassen. Doch nur an der Einnahmenseite zu schrauben, kostet Mitglieder, Arbeitgeber und Rentenkasse immer mehr – und das eigentliche Problem bleibt ungelöst.*

Der Patient: die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Das Krankheitsbild: starkes Ausgabenwachstum. So lässt sich in Kurzform das Problem der Gesundheitspolitik in Deutschland beschreiben. Denn die jährlichen Ausgaben der GKV sind enorm gestiegen: Lagen sie im Jahr 2012 noch bei gut 184 Milliarden Euro, waren es zehn Jahre später schon fast 289 Millionen Euro – eine Zunahme von rund 57 Prozent. Zum Vergleich: Zwischen 2002 und 2012 stiegen die Ausgaben um etwas mehr als ein Viertel.

Da die GKV umlagefinanziert ist, müssen die Ausgaben im selben Jahr durch Einnahmen gedeckt werden. Die höheren Ausgaben hatten deshalb zur Folge, dass der Beitragssatz zur GKV einschließlich des durchschnittlichen Zusatzbeitragssatzes seit 2000 von 13,6 Prozent auf aktuell 16,3 Prozent gestiegen ist.

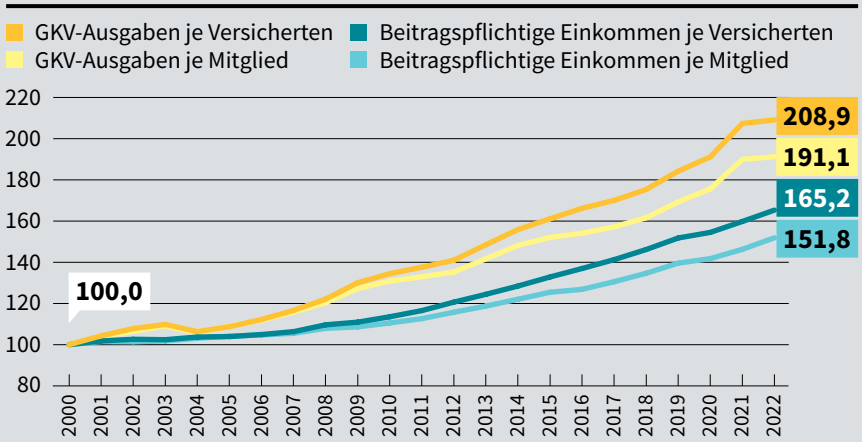
Dass der jährliche Ausgleich nicht ohne steigende Beitragssätze möglich war, kann zwei Gründe haben: Entweder sind die beitragspflichtigen Einkommen der Mitglieder – also sozialabgabenpflichtige Einnahmen wie Löhne, Gehälter oder Renten – zu wenig gestiegen oder die Kosten zu stark. Woran genau die GKV kränkelt, hat das Institut der deutschen Wirtschaft untersucht und dazu die Entwicklungen der durchschnittlichen GKV-Ausgaben und der beitragspflichtigen Einkommen gegenübergestellt. Das Ergebnis (Grafik):

Zwischen 2000 und 2022 haben sich die GKV-Ausgaben je Versicherten im Schnitt mehr als verdoppelt. Das beitragspflichtige Einkommen eines durchschnittlichen Versicherten wuchs in diesem Zeitraum aber nur um gut 65 Prozent.

Um das Auseinanderklaffen beider Trends zu erklären, differenziert die IW-Studie zusätzlich zwischen Versicherten und Beitragszah-

Gesetzliche Krankenversicherung: Ausgaben steigen stärker als Einkommen

in Deutschland, 2000 = 100



GKV-Ausgaben: Einschließlich Ausgaben für die Verwaltung;
Versicherte: Personen, die über die GKV im Erkrankungsfall medizinisch versorgt werden (z. B. durch eine Familienversicherung mitversicherte Kinder);
Mitglieder: Beitragszahler in der GKV

Quellen: Bundesministerium für Gesundheit, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Krankenversicherung: Beitragsbasis stark gewachsen

	Gesetzliche Krankenversicherung (GKV)		Davon: Allgemeine Krankenversicherung (AKV)		Davon: Krankenversicherung der Rentner (KVdR)	
	2000	2022	2000	2022	2000	2022
Personen						
Versicherte in Millionen	71,3	73,7	54,6	56,0	16,6	17,7
Mitglieder in Millionen	51,0	57,7	35,7	40,7	15,3	17,0
Anteil Mitglieder an Versicherten in Prozent	71,6	78,3	65,4	72,7	92,0	96,1
Grundlohnsumme						
in Milliarden Euro	943	1.610	775	1.373	181	293
je Mitglied in Euro	18.735	27.910	21.693	32.355	11.829	17.248

Grundlohnsumme: Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter in Deutschland, aus denen Krankenversicherungsbeiträge zu leisten sind;
Versicherte: Personen, die über die GKV im Erkrankungsfall medizinisch versorgt werden (z. B. durch eine Familienversicherung mitversicherte Kinder);
Mitglieder: Beitragszahler in der GKV
Versicherte und Mitglieder 2000 und 2022: Stand jeweils 1. Juli; Grundlohnsumme für AKV und GKV: Angaben geschätzt

Quellen: Bundesministerium für Gesundheit, Bundesamt für Soziale Sicherung, Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

lern. Denn Kinder und Ehepartner ohne Einkommen werden in der GKV auch dann versorgt, wenn sie keinen Beitrag zahlen. Zudem muss zwischen Versicherten im Erwerbsalter und im Ruhestand unterschieden werden. Erstere sind in der allgemeinen Krankenversicherung (AKV) erfasst, Letztere in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR).

So ist die Zahl aller Beitragszahler in der AKV von 2000 bis 2022 um rund fünf Millionen gestiegen, die der Versicherten dagegen nur um rund 1,4 Millionen. Unter den Personen im Erwerbsalter ist der Anteil der Beitragszahler damit von gut 65 Prozent auf fast 73 Prozent gewachsen. Damit stieg auch die Grundlohnsumme (Grafik):

Die Summe der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter der AKV-Versicherten legte zwischen 2000 und 2022 um schätzungsweise 77 Prozent zu.

Pro Kopf gerechnet fiel der Zuwachs mit 49 Prozent allerdings deutlich schwächer aus, weil mehr Beitragszahler in Teilzeit arbeiten als früher. Wenn es der Politik gelingt, durch Maßnahmen wie eine verbesserte Betreuungsinfrastruktur vor allem die Arbeitszeit von teilzeitbeschäftigten Frauen langfristig zu steigern, könnte sich das positiv auf die GKV-Einnahmen auswirken.

An dem grundsätzlichen Problem der überproportional stark wachsenden GKV-Ausgaben würde das allerdings nichts ändern. Politische Reformen sollten demnach vor allem das Ausgabenwachstum bremsen.

Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, den Wettbewerb um möglichst kostengünstige Versorgungsangebote zu stärken. Derzeit erhalten ambulante Ärzte für gleiche Leistungen das gleiche Entgelt, solange das Praxisbudget nicht überschritten wird. Arbeiten verschiedene Praxen unterschiedlich effizient, erlaubt das System dem günstiger wirtschaftenden Anbieter bislang nicht, weniger Honorar zu fordern. Gleichzeitig haben Versicherte bisher keinen Grund, auf die freie Arztwahl zu verzichten, da die Höhe ihres Beitrags lediglich von ihrem Einkommen abhängt.

Könnten Krankenkassen ihren Versicherten allerdings Praxen mit niedrigen Kosten vorgeben und dafür im Gegenzug niedrigere Honorare abrechnen, würden die Ausgaben sinken. Für teilnehmende Ärzte kann sich das lohnen, da die Krankenkasse die Versichertenzahl kennt und das Patientenaufkommen abschätzen kann. Das erlaubt eine bessere Planung der Praxisauslastung und damit niedrigere Betriebskosten. Und kostenbewusste Versicherte würden von der Reform profitieren, weil ihre zu zahlende Prämie sinkt.

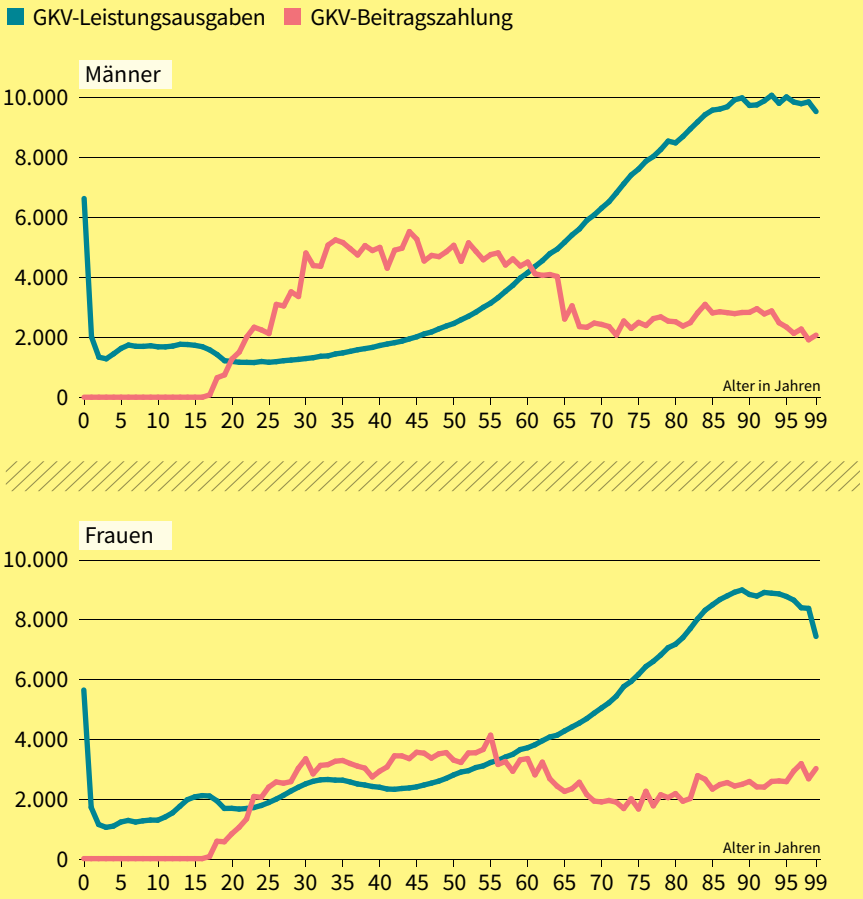
Aus IW-Trends 4/2023
Jochen Pimpertz: Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen in der Gesetzlichen Krankenversicherung
iwkoeln.de/gkv-finanzen

Die Krux der Solidarität

Gesetzliche Krankenversicherung. *Das Solidaritätsprinzip soll in der gesetzlichen Krankenversicherung für einen Ausgleich zwischen den Generationen sorgen. In der jetzigen Form gelingt dies allerdings auf Dauer nur zulasten der jüngeren Beitragszahler.*

GKV: Einnahmen und Kosten in einer Lebensspanne

Jahresdurchschnitt 2019 in Euro pro Person



GKV: gesetzliche Krankenversicherung
Beitragszahlung: einschließlich Arbeitgeberanteil

Quellen: Bundesamt für Soziale Sicherung, Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Die deutsche Bevölkerung altert. Das ist keine neue Erkenntnis, aber eine mit weitreichenden Folgen. Eine davon: Die Beitragssätze der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) steigen (siehe Seiten 2-3).

Ein Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht. Weil aber immer weiter steigende Beitragssätze die Einzahler – also GKV-Mitglieder, deren Arbeitgeber und die Rentenkasse – zu stark belasten würden, braucht es einen anderen Finanzrahmen. Viele Ideen stehen zur Debatte, von einer höheren Beitragsbemessungsgrenze bis hin zu verpflichtenden GKV-Abgaben auf Vermögenseinkünfte oder Mieteinnahmen.

Im Mittelpunkt der Vorschläge steht immer wieder das Solidaritätsprinzip. Das soll im System der GKV gewährleisten, dass alle gesetzlich Versicherten denselben Leistungsanspruch auf medizinische Versorgung haben – unabhängig von individuellen Faktoren. Das bedeutet: Anders als im privaten Versicherungsmarkt, in dem sich die zu zahlenden Prämien nach Höhe und Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadens richten, spielt das Gesundheitsrisiko einer Person in der GKV

keine Rolle dafür, wie teuer die Krankenversicherung ist.

Außerdem sollen die finanziellen Mittel einer Person nicht darüber entscheiden, ob sie sich versichern kann. Deshalb sieht die GKV einen sozialen Ausgleich zwischen den Versicherten vor. Dazu entrichten alle Mitglieder den gleichen prozentualen Anteil ihres beitragspflichtigen Einkommens, egal ob Gering- oder Besserverdiener.

Immer dann, wenn ein Versicherter mehr einzahlt, als er die GKV kostet, fließt der Überschuss in den Solidarausgleich.

Davon profitieren sowohl Versicherte, die keinen Beitrag zahlen – wie Kinder und nicht erwerbstätige Ehepartner –, als auch GKV-Mitglieder, deren Beitrag nicht ausreicht, um die eigenen Behandlungskosten zu decken.

Wie hoch das individuelle Gesundheitsrisiko einer Person ist, hängt dabei von zahlreichen Faktoren ab – zum Beispiel der genetischen Veranlagung oder der bisherigen Krankheitsgeschichte. Auch die Ernährung oder der Beruf können sich positiv wie negativ auswirken. Generell steigen die Gesundheitsrisiken und die damit einhergehenden GKV-Ausgaben aber mit dem Alter an (Grafik Seite 4):

Ein 30-Jähriger kostete die gesetzliche Krankenversicherung im Jahr 2019 durchschnittlich rund 1.300 Euro, ein 80-Jähriger fast 8.500 Euro.

Die im Schnitt gezahlten Beiträge variieren ebenfalls in den unterschiedlichen Lebensphasen – denn die beitragspflichtigen Renten sind niedriger als die Einkommen im Arbeitsleben. Die Folge:

Der solidarische Ausgleich bewirkt auch eine Umverteilung von Jung zu Alt.

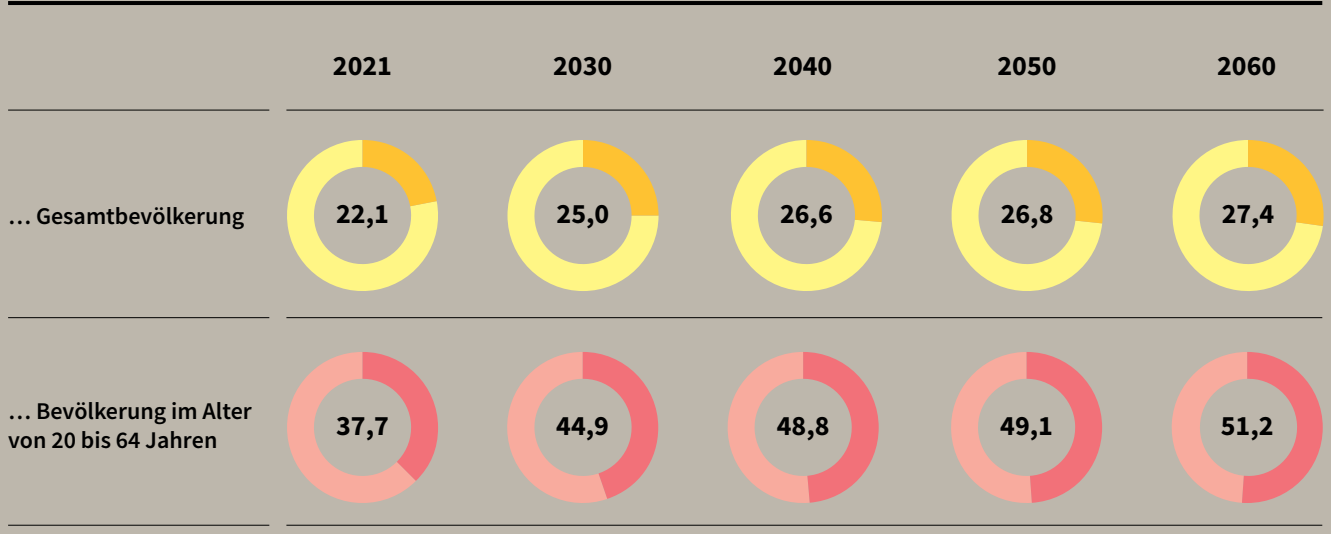
Ein Beispiel: Im Jahr 2019 verursachte ein 40-jähriger GKV-Versicherter Ausgaben von durchschnittlich 1.728 Euro im Jahr und zahlte im Schnitt einschließlich des Arbeitgeberanteils 5.003 Euro in die Krankenkasse ein – ein Beitragsüberschuss von 3.275 Euro. Dieser kam zum Beispiel 70-Jährigen zugute, die Leistungen im Gegenwert von durchschnittlich 6.317 Euro beanspruchten, aber nur 2.431 Euro an Beiträgen zahlten.

Dieser Ausgleich zwischen den Generationen ist ein Grund für die hohe Akzeptanz der solidarischen GKV. Denn wer in jungen Jahren mehr einzahlt, darf darauf vertrauen, im Alter von der Umverteilung zu profitieren. Durch die Alterung der

Fortsetzung

Deutschland altert

Bevölkerung in Deutschland ab 65 Jahren in Relation zur … in Prozent



Annahme: moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit, Lebenserwartung und Zu- bzw. Abwanderung

Quelle: Statistisches Bundesamt

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Gesellschaft gerät dieser Grundsatz allerdings in Schieflage. Schließlich werden die älteren Bevölkerungsgruppen hierzulande immer größer (Grafik Seite 5):

Während Menschen ab 65 Jahren in Deutschland im Jahr 2021 rund 22 Prozent der Bevölkerung ausmachten, werden es laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2060 gut 27 Prozent sein.

Diese Altersgruppe wird dann in etwa halb so groß sein wie die der 20- bis 64-Jährigen – 2021 betrug das Verhältnis noch annähernd eins zu drei.

Damit steigt nicht nur der Anteil der Versicherten, auf die überdurchschnittlich hohe Ausgaben entfallen, sondern auch der Anteil der Beitragszahler mit niedrigerem Einkommen, sprich einer Rente. Anders ausgedrückt: Mehr Menschen benötigen mehr Geld von der GKV, es zahlen aber weniger Menschen viel Geld ein.

Weil gesetzlich vorgeschrieben ist, dass in der umlagefinanzierten GKV jedes Jahr die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden müssen, lassen sich solche Fehlbeträge nur über höhere Beitragssätze ausgleichen. Die theoretische zweite Option, im Staatshaushalt Geld aus anderen Töpfen in die GKV zu verschieben, ist aus mehreren Gründen unrealistisch – unter anderem, weil die dafür erforderlichen Summen den finanziellen Handlungsspielraum künftiger Bundesregierungen für die Sozialpolitik ebenso wie für andere transformatorische Herausforderungen immer weiter einengen würden.

Die Folgen für den Ausgleich zwischen Jung und Alt hat das Institut der deutschen Wirtschaft berechnet: Bis zum Jahr 2040 werden die gesamten GKV-Ausgaben allein aufgrund der alternden Bevölkerung um knapp 8,5 Prozent wachsen, die Summe aller beitragspflichtigen Einkommen schrumpft dagegen voraussichtlich um mehr als 1 Prozent. Um diese Finanzierungslücke über den Beitragssatz zu schließen, müsste dieser bis dahin auf 17,1 Prozent steigen – und das nur, weil die Versichertengemeinschaft gealtert ist. Andere Einflussfaktoren wie Lohn, Gesundheitsrisiko oder Behandlungskosten unterscheiden sich in der Rechnung explizit nicht. Konkret würde das bedeuten (Grafik):

Während ein 40-Jähriger im Jahr 2019 im Durchschnitt einen GKV-Beitrag in Höhe von 5.003 Euro gezahlt hat, müsste ein Mann, der dieses Alter im Jahr 2039 erreicht, 516 Euro mehr beisteuern.

Damit zeigt sich: In der umlagefinanzierten GKV kann es zwar stets einen solidarischen Ausgleich zwischen Jung und Alt geben, in einer alternden Gesellschaft funktioniert das aber auf Dauer nur zulasten der jungen Generationen.

Solange die Gesundheitspolitik am Umlageverfahren festhält und ausschließlich am Beitragssatz schraubt, bleibt dieses demografische Problem ungelöst. Um den Trend zu durchbrechen, dass die finanziellen Lasten immer stärker von den Jüngeren getragen werden müssen, bietet es sich stattdessen an, eine zusätzliche Säule in die gesetzliche Krankenversicherung einzubauen, die auf kapitalgedeckt finanzierter Vorsorge basiert. Indem die Versicherten für einen Teil der Leistungsausgaben, die sie in späteren Jahren voraussichtlich in Anspruch nehmen müssen, selbst vorsorgen, werden so weniger Solidarlasten auf nachfolgende Versichertenjahrgänge abgewälzt.

Steigende Solidarlast

Beispielrechnung für einen jeweils 40 Jahre alten Mann

Jahr	2019	2039
Beitragssatz	15,5 %	17,1 %
Beitragszahlung	5.003 €	5.519 €
Durchschnittliche GKV-Leistungsausgaben	1.728 €	1.728 €
Beitrag zum Solidarausgleich	3.275 €	3.791 €

Annahmen: unveränderte altersabhängige Erkrankungsrisiken, konstante Behandlungskosten und nominal gleiche beitragspflichtige Einkommen je Mitglied und Altersgruppe

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Interview. *Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung steigen, gleichzeitig wankt das Solidaritätsversprechen.* ***Jochen Pimpertz,*** *Leiter des Clusters Staat, Steuern und Soziale Sicherung im IW, spricht sich daher für eine Reform aus, die beide Probleme in den Griff bekommt.*

Foto: IW Medien

„Wir brauchen eine ergänzende private Pflichtversicherung“

Kann in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) trotz der alternden Bevölkerung dauerhaft das Solidaritätsversprechen gewahrt werden?

Das geht – zum Beispiel mit einem dauerhaft festgeschriebenen Beitragssatz. Dann können die Beitragslasten für jüngere Generationen nicht mehr steigen, nur weil die Versichertengemeinschaft altert.

Bei weiterhin steigenden Ausgaben würden dann aber Einnahmen fehlen.

Deshalb braucht es eine zweite Finanzierungssäule. Ich denke dabei an einen ähnlichen Weg wie bei Beamten: Deren Beihilfe deckt nur einen Teil ihrer Behandlungskosten ab, weswegen sie sich für den vollen Versicherungsschutz ergänzend in einer privaten Krankenversicherung absichern müssen.

Das kann auch für die GKV funktionieren. Den überwiegenden Teil der Ausgaben finanzieren weiterhin solidarische Beiträge, der Beitragssatz bliebe aber konstant. Und die dann noch bestehende Finanzierungslücke ließe sich mit einer für alle verpflichtenden, jedoch individuell gestaltbaren privaten Versicherung schließen. In einer solchen kapitalgedeckten Krankenversicherung sorgen Versicherte dann eigenverantwortlich für ihre künftigen Ausgaben vor. Deshalb können ihre Kosten nicht auf nachfolgende Generationen abgewälzt werden.

Und wenn man sich keine Zusatzversicherung leisten kann?

Zunächst einmal profitieren Ältere mit einem höheren Gesundheitsrisiko weiterhin von der solidarischen Beitragsfinanzierung. Denn sie benötigen im Schnitt häufiger und oftmals teurere medizinische Hilfe, zahlen aber aufgrund ihres niedrigeren Renteneinkommens einen geringeren Betrag ein. Einkommensschwächere Menschen würden steuerfinanzierte Zuschüsse benötigen, um sich die ergänzende Versicherungsprämie leisten zu können. Das wäre aber für den Staat immer noch günstiger, als die gesamte Finanzierungslücke in der GKV zu schließen.

Das Problem der stetig steigenden GKV-Ausgaben bestünde dann aber immer noch.

Auch auf der Ausgabenseite kann eine ergänzende Finanzierungssäule helfen. Denn eine Versicherungsprämie wird nicht nach der Einkommenshöhe berechnet, sondern nach den erwarteten Kosten. Wenn Versicherte zwischen Modellen wählen können, in denen die Versorgung zu unterschiedlich hohen Kosten geschieht – zum Beispiel in der ambulanten Versorgung mit freier Arztwahl oder in einem von der Krankenkasse organisierten hausarztzentrierten Modell –, dann machen unterschiedliche Kosten auch einen Unterschied in der Prämienhöhe aus.

Bislang haben die Versicherten aber keinen finanziellen Anreiz, auf die freie Arztwahl zu verzichten. Denn der GKV-Beitrag hängt von der Höhe ihres Einkommens ab, nicht von der Wahl des Modells. Was wir aber brauchen, ist ein Preissignal. Dann lohnt es sich für die Krankenkassen, mit einzelnen Anbietern separat günstigere Entgelte auszuhandeln und Netzwerke aufzubauen, bei denen zum Beispiel Hausärzte als Lotsen agieren, wenn es einen Spezialisten braucht.

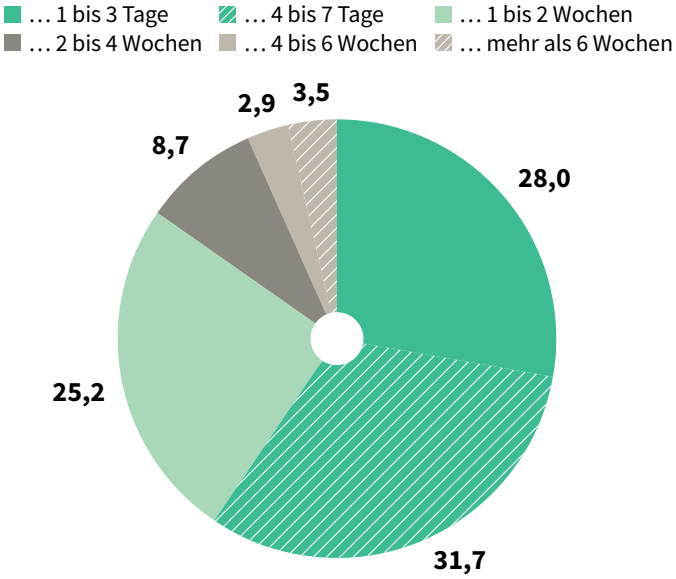
Krankenstand auf Rekordhoch

Krankenstand. 22,6 Tage war 2022 im Schnitt jeder Arbeitnehmer in Deutschland krankgeschrieben. So viele Fehltage gab es hierzulande nicht einmal in den ersten beiden Coronajahren. Der Grund für den Rekord: Altbekannte Erkältungsviren trafen nach dem Wegfall von Schutzmasken und Co. im Frühsommer 2022 auf eine durch die Pandemie immungeschwächte Bevölkerung. Die Fälle von Atemwegserkrankungen schossen in die Höhe und überholten die bisher häufigste Ausfallursache, Muskel- und Skeletterkrankungen.

Mehr Menschen länger krank

Wie in den Jahren zuvor, entfiel auch 2022 das Gros der Krankschreibungen auf kurzzeitige Erkrankungen: Knapp zwei Drittel sind nach spätestens einer Woche erledigt. Allerdings ließ die Coronavirus-Variante Omikron den Anteil der Fälle, deren Genesung zwischen ein und zwei Wochen beanspruchte, um 7,5 Prozentpunkte steigen.

So viel Prozent der Krankheitsfälle 2022 dauerten …



Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Die Krankheitstage nach Branchen

Das Vorurteil, die Arbeit in der Industrie sei ein Knochenjob, gilt heute weniger denn je. Der steigende Dienstleistungsanteil an Industrieprodukten, der hohe Standard in der Arbeitssicherheit und nicht zuletzt das betriebliche Gesundheitsmanagement lassen die Branchenunterschiede schwinden.

Krankheitstage je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen im Jahr 2022

Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	29,6
Verkehr und Lagerei	27,4
Gesundheits- und Sozialwesen	27,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	26,5
Baugewerbe	23,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	23,2
Verarbeitendes Gewerbe	23,0
Erziehung und Unterricht	22,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	22,8
Gastgewerbe	20,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	18,6
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	17,5
Energieversorgung	15,6
Information und Kommunikation	12,9

Branchenauswahl; Kalendertage mit ärztlichem Attest

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Führungskräfte und Spezialisten fehlen weniger

Je höher das Anforderungsniveau der beruflichen Tätigkeit, desto geringer der Krankenstand im Jahr 2022. Der Unterschied zeigt sich auch bei der Aufsichts- und Führungsverantwortung – und das, obwohl Führungskräfte im Durchschnitt rund vier Jahre älter sind als Beschäftigte ohne Führungsverantwortung.

Krankheitstage 2022 je beschäftigtes Mitglied der Betriebskrankenkassen

Anforderungsniveau

Hochkomplexe Tätigkeiten	13,4
Komplexe Spezialistentätigkeiten	18,5
Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten	24,8
Helfer-/Anlerntätigkeiten	30,3

Berufliche Position

Mit Aufsichts- und Führungsverantwortung	16,7
Ohne Aufsichts- und Führungsverantwortung	23,0

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

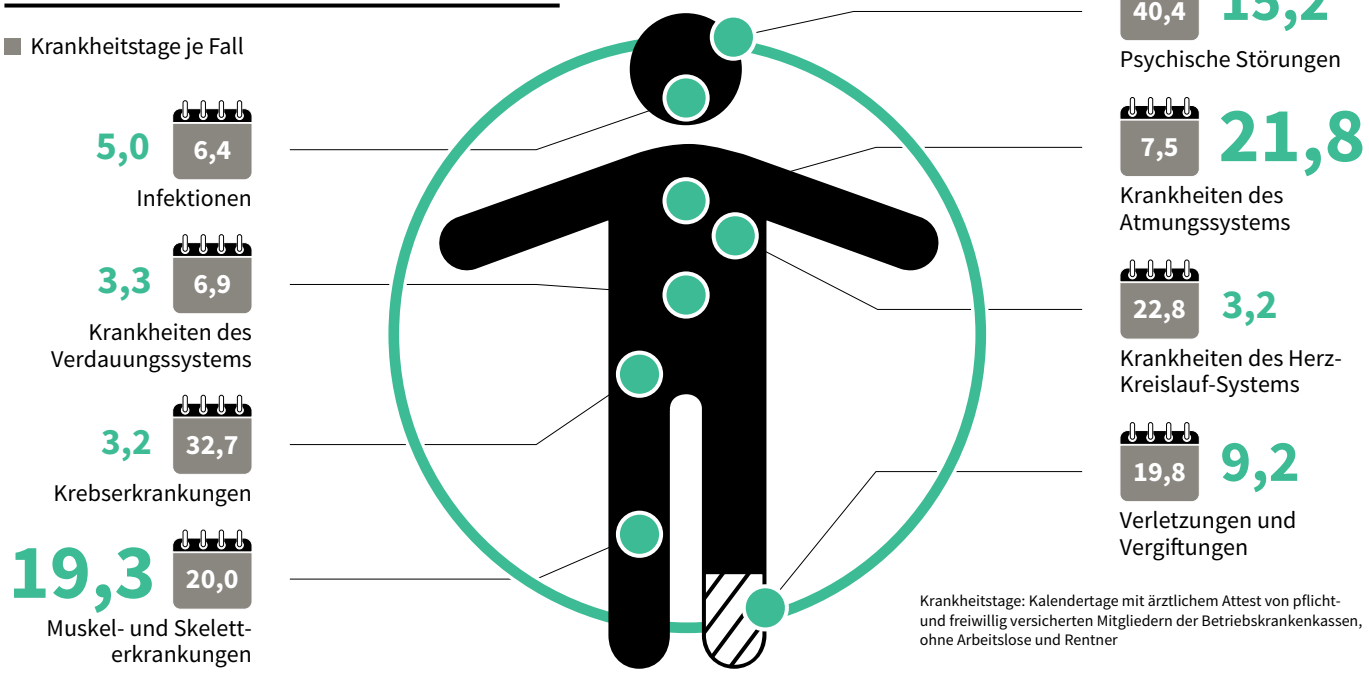
70,2
Milliarden Euro

mussten die Unternehmen in Deutschland 2022 schätzungsweise für die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ausgeben, fünf Jahre zuvor waren es rund **60 Milliarden Euro**

Seelisches Leid verursacht besonders lange Krankschreibungen

Mit steigendem Alter treten vermehrt Verschleißerscheinungen auf. So ist rund ein Fünftel aller Krankheitstage auf Muskel- und Skeletterkrankungen zurückzuführen. In keiner anderen Krankheitsart steigen die Ausfälle mit dem Alter so kräftig an. Psychische Erkrankungen treten zwar seltener auf, verursachen aber die längsten Ausfallzeiten je Fall. Umgekehrt ist es bei den Atemwegserkrankungen: Sie treten am häufigsten auf, sind im Schnitt aber nach gut einer Woche ausgestanden.

So viel Prozent der Krankheitstage entfielen 2022 auf …



Krankheitstage: Kalendertage mit ärztlichem Attest von pflicht- und freiwillig versicherten Mitgliedern der Betriebskrankenkassen, ohne Arbeitslose und Rentner

Quelle: Dachverband der Betriebskrankenkassen
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Risiko für die deutsche Wirtschaft

Nahostkonflikt. *Die geopolitischen Unsicherheiten haben durch den Nahostkonflikt weiter zugenommen. Dies könnte auch die deutsche Wirtschaft schwächen, beispielsweise weil Unternehmen ihre Investitionstätigkeit einschränken. Die Gefahr einer neuen Ölkrise ist dagegen relativ gering – aus mehreren Gründen.*

Der Angriff der Terrororganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat großes menschliches Leid verursacht, aber auch heftige wirtschaftliche Folgen. So sind in Israel die Investitionen und der Tourismus drastisch eingebrochen und der Einzug von mehr als 300.000 Reservisten verringert das Arbeitskräfteangebot. Im Gazastreifen ist unter anderem die Infrastruktur erheblich beschädigt oder zerstört.

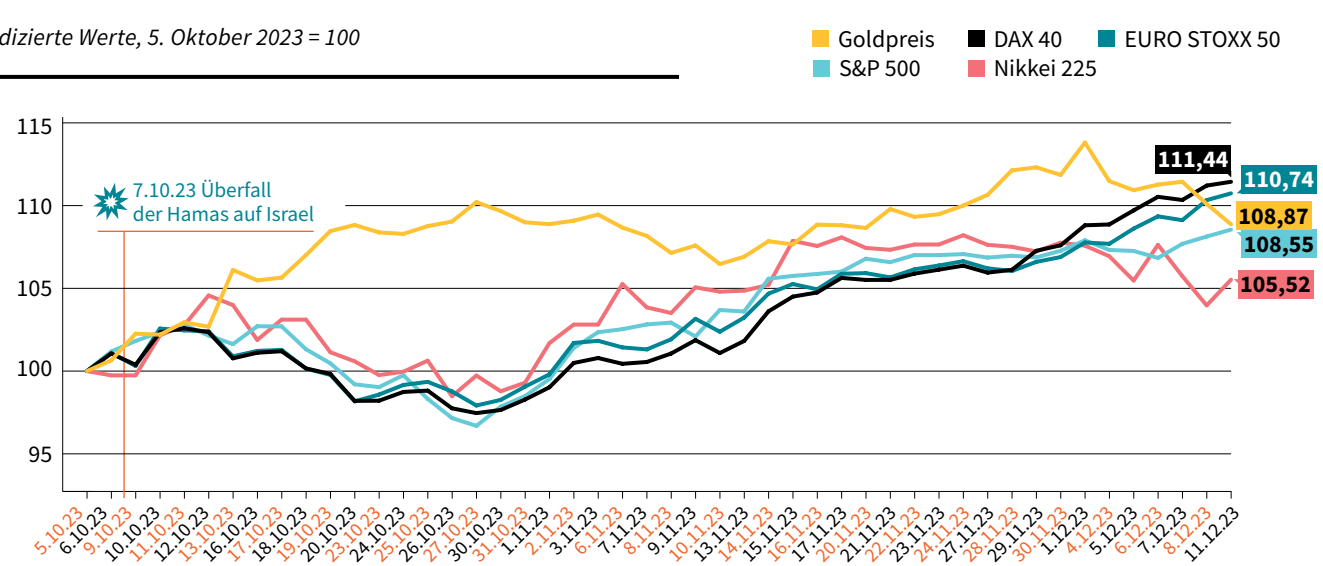
Die Schockwellen des Konflikts reichen über die unmittelbar betroffene Region hinaus und könnten auch in der deutschen Wirtschaft spürbar werden. Dies liegt weniger an den direkten ökonomischen Verflechtungen mit Israel, machten die Ausfuhren dorthin im Jahr 2022 doch nur 0,4 Prozent aller deutschen Exporte aus. Allerdings kooperieren die Bundesrepublik und Israel seit Langem eng in Bereichen wie Naturwissenschaften, Cybersecurity oder Medizin.

Wesentlich relevanter ist, dass der Nahostkonflikt ein weiterer Unsicherheitsfaktor für die globale politische Entwicklung ist. Eskaliert der Konflikt, könnten Lieferketten – die infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine teils gerade neu aufgebaut wurden – gefährdet sein. Die Angriffe von Huthi-Rebellen auf Frachtschiffe im Golf von Aden haben dieses Risiko verdeutlicht. Generell wächst infolge des Nahostkonflikts weltweit die Gefahr von Terroranschlägen. All dies hemmt die Investitionsbereitschaft von Unternehmen, weil sie höhere geschäftliche Risiken einpreisen müssen.

Die Angst vor einem Flächenbrand im Nahen Osten hat auch die Finanzmärkte beeinflusst. Die Aktienkurse fielen nach dem Hamas-Angriff auf Israel zum Teil deutlich (Grafik):

Nahostkonflikt: Die Reaktion der Finanzmärkte

Indizierte Werte, 5. Oktober 2023 = 100



Goldpreis: in Dollar;
EURO STOXX 50: Aktienindex, der sich aus 50 großen, börsennotierten Unternehmen des Euro-Währungsgebiets zusammensetzt;
S&P 500: umfasst die Aktien von 500 der größten börsennotierten US-Unternehmen;
Nikkei 225: japanischer Leitindex, der auf den Kursen von 225 an der Tokioter Börse gehandelten Aktiengesellschaften basiert

Quellen: Deutsche Börse AG, Macrobond, S&P Global Inc., Nikkei Inc., STOXX Ltd.

© 2024 IW Medien / iwd

Ende Oktober notierte der US-amerikanische Aktienindex S&P 500 mehr als 3 Prozent tiefer als zum Monatsbeginn.

Auch der Dax sowie der europäische und der japanische Leitindex verzeichneten in diesem Zeitraum Verluste. Seitdem haben sich die Aktienkurse zwar wieder nach oben bewegt, dies spiegelt jedoch vorrangig die sinkenden Inflationsraten in den USA und Europa sowie die damit verbundene Hoffnung auf ein Ende der Leitzinserhöhungen wider.

Dass die Investoren weiterhin besorgt in den Nahen Osten – und auf sonstige Krisenherde – blicken, lässt sich am Goldpreis ablesen, denn das Edelmetall ist in Krisenzeiten traditionell besonders gefragt:

Nach dem 7. Oktober stieg der Goldpreis zeitweise bis auf fast 2.100 Dollar je Feinunze und er lag Mitte Dezember immer noch um knapp 9 Prozent über dem Niveau von Anfang Oktober.

Angesichts des anhaltenden Konflikts im Nahen Osten ist weiterhin mit einer erhöhten Volatilität an den Aktienmärkten zu rechnen. Fallen die Kurse, haben Unternehmen weniger liquide Mittel, um Investitionen zu finanzieren. Auch auf diesem Weg könnte der Nahostkonflikt also die wirtschaftliche Entwicklung hierzulande bremsen.

Darüber hinaus hat der Konflikt Erinnerungen an die Ölkrisen der 1970er und 1980er Jahre geweckt. Die Frage ist, ob die erdölproduzierenden Länder am Persischen Golf erneut über die Verknappung des Rohstoffs Druck auf die westlichen Industrieländer ausüben könnten, um diese von ihrem israelfreundlichen Kurs abzubringen – und welche Folgen eine solche Strategie der Ölförderländer heute hätte.

Zunächst lässt sich festhalten, dass die Ölmärkte bislang kaum auf den aktuellen Nahostkonflikt reagiert haben. Nach dem 7. Oktober stieg der Preis für Nordseeöl im Laufe von zwei Wochen lediglich um 9 Dollar je Barrel. Seither ist der Preis jedoch deutlich gesunken. Zuletzt kostete ein Barrel Rohöl weniger als 80 Dollar und war damit deutlich billiger als vor dem Ausbruch des Konflikts – offenbar vor allem aufgrund der schwachen Weltkonjunktur, die die Nachfrage nach Energiegütern verringert.

Gleichwohl hat das IW zu skizzieren versucht, welche Folgen es für die deutsche Wirtschaft hätte, wenn sich Rohöl doch nochmals drastisch verteuern sollte. Das Ergebnis der Modellsimulationen:

Stiege der Ölpreis von 85 Dollar je Barrel – so hoch war der Preis Anfang November 2023 – auf 100 Dollar, würde das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 real um 0,2 Prozent geringer ausfallen, bei 150 Dollar wäre ein Rückgang um 1 Prozent zu erwarten.

Zugleich würden die Verbraucherpreise im zweiten Szenario um 1,3 Prozent höher ausfallen.

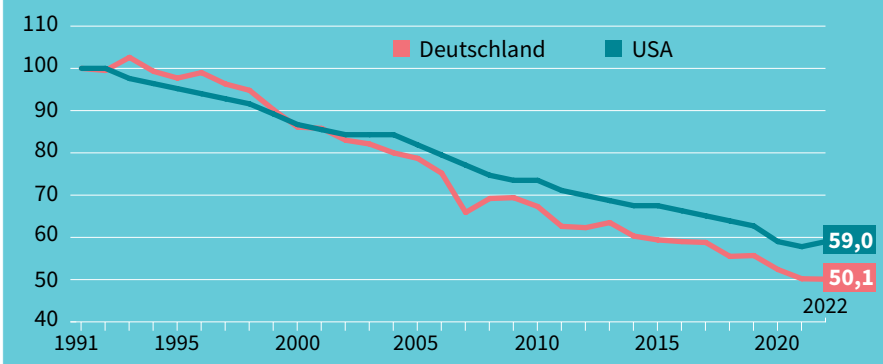
Dass es so weit kommt, ist allerdings äußerst unwahrscheinlich: Selbst wenn die Ölproduzenten das Angebot künstlich verknappen sollten, wäre die Gefahr einer Ölkrise in den westlichen Industriestaaten wie Deutschland deutlich geringer als früher. Denn diese Volkswirtschaften hängen inzwischen weitaus weniger von diesem Energieträger ab (Grafik):

Die Ölmenge, die erforderlich ist, um 1.000 Euro Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften, ist seit 1991 in den USA um gut 40 Prozent, in Deutschland sogar um etwa 50 Prozent gesunken.

Zudem haben die westlichen Industrienationen seit den 1980er Jahren neue Ölfördergebiete erschlossen – beispielsweise in der Nordsee, in Alaska oder in Mexiko. Dadurch spielen Importe aus den Golfstaaten nicht mehr die dominierende Rolle, in Europa machen sie inzwischen weniger als 20 Prozent der Öleinfuhren aus.

Ölabhängigkeit des Westens sinkt

Ölintensität der Wirtschaft in Tonnen Öleinheiten je 1.000 Euro/Dollar Bruttoinlandsprodukt, 1991 = 100



Öleinheit: Maß für die Energiemenge, die beim Verbrennen von einem Kilogramm Erdöl freigesetzt wird

Quellen: AG Energiebilanzen, Statistisches Bundesamt, Weltbank, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2024 IW Medien / iwd

iwd

IW-Report 1/2024
Galina Kolev-Schaefer, Thomas Obst, Thomas Puls: Auswirkungen des Nahostkonflikts auf die deutsche Wirtschaft
iwkoeln.de/nahostkonflikt

Der Teufel steckt im Detail

Künstliche Intelligenz. *Die EU reguliert künstliche Intelligenz: Rat, Kommission und Parlament einigten sich im Dezember auf den AI Act. Damit steht der Rechtsrahmen für KI auch in Deutschland – an mehreren Stellen besteht aber noch Klärungsbedarf.*

Sie steckt in unseren Smartphones, in Produktionsstätten der Industrie und in vielen digitalen Tools und Anwendungen – künstliche Intelligenz (KI) ist längst fester Bestandteil des Alltags. Die europäische Politik hat sich in den vergangenen Jahren mit der Technologie beschäftigt, deren Einfluss und Auswirkungen sehr schnell zunehmen. Das Ziel der EU: einen rechtlichen Rahmen schaffen, um KI in Europa bestmöglich zu entwickeln und zu nutzen. KI soll dann helfen, Prozesse effizienter zu gestalten, Kosten zu verringern und neue Geschäftsmodelle zu erarbeiten.

Der Gesetzesrahmen soll dabei garantieren, dass Firmen und Regierungen KI ausschließlich entsprechend den europäischen Normen und Werten einsetzen. Damit will die Politik verhindern, dass jemand künstliche Intelligenz missbraucht. Mahnendes Beispiel dafür ist China, wo die Regierung mit der Technik ihre Bürger überwacht.

Lange haben die EU-Politiker um die Inhalte des sogenannten AI Act gerungen – AI steht für Artificial Intelligence –, im Dezember einigten sich der Europäische Rat, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament schließlich. Ähnliche legislative Prozesse liefen und laufen auch in anderen Teilen der Welt ab – viele Regierungen arbeiten am Umgang mit der Technologie (Grafik):

Weltweit wurden bisher 176 Regulierungen bezüglich KI rechtsverbindlich. Weitere 169 werden derzeit noch ausgehandelt.

Unabhängig vom AI Act hat Europa in Sachen KI noch gehörigen Nachholbedarf. Von den deutschen Unternehmen aus Industrie und verwandten Dienstleistungen zum Beispiel nutzten im Jahr 2022 gerade einmal knapp 19 Prozent KI. Auch in puncto Investitionen und Neugründungen liegen Deutschland und Europa weit hinter der internationalen Konkurrenz zurück. Hier dominieren die Vereinigten Staaten (Grafik Seite 13):

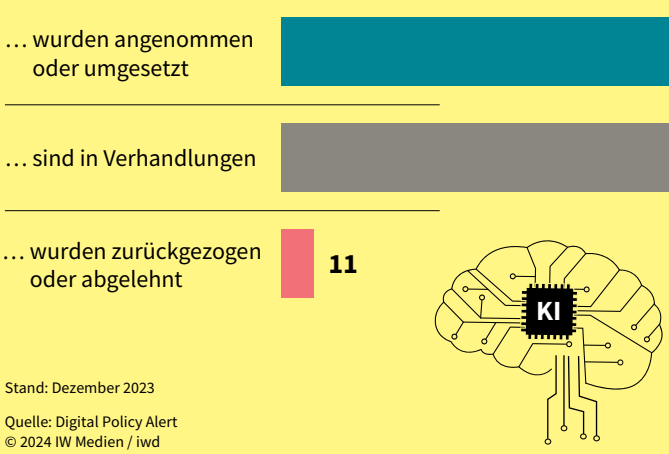
Von 2013 bis 2022 betrugen die privatwirtschaftlichen Investitionen in KI in den USA fast 249 Milliarden Dollar. Deutschland kam auf 7 Milliarden Dollar.

Eine enorme Diskrepanz gibt es auch bei den KI-Start-ups. In den USA wurden im betrachteten Zeitraum mehr als 4.600 Firmen gegründet, die Bundesrepublik verzeichnete weniger als 250. In der EU kann nur Frankreich ähnliche Zahlen wie Deutschland vorweisen, alle anderen Staaten liegen im internationalen Vergleich noch weiter zurück. Das hat natürlich auch mit der Größe der Länder zu tun.

Es ist daher nötig, in der Europäischen Union KI-Innovationen zu begünstigen und keine neuen Hürden zu schaffen. Ob der AI Act dies leisten kann, bleibt abzuwarten, denn viele technische Details des Gesetzespakets werden derzeit noch ausgearbeitet. Außerdem ist bislang

Künstliche Intelligenz: Staaten setzen Rahmen

So viele staatliche Maßnahmen und Regulierungsverfahren weltweit, die KI betreffen …

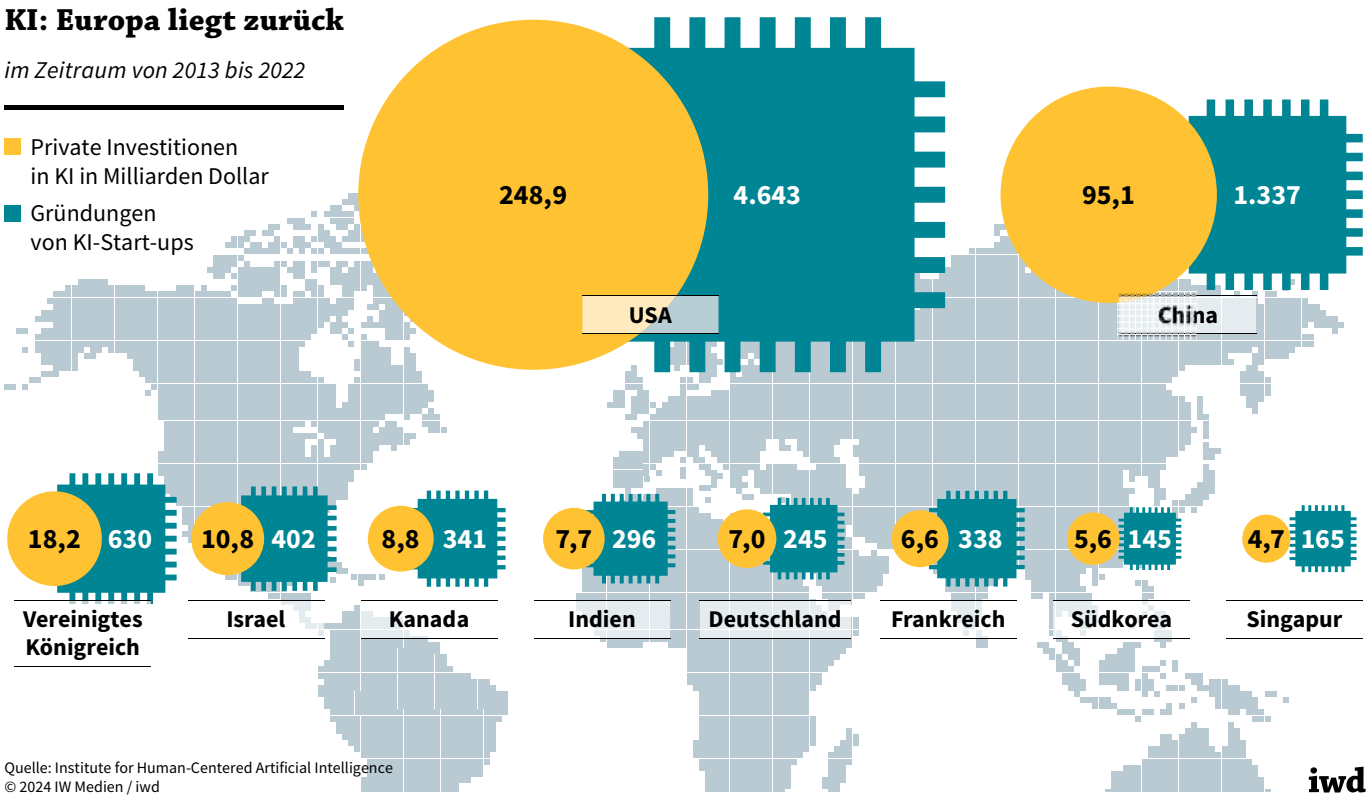


Stand: Dezember 2023

Quelle: Digital Policy Alert

© 2024 IW Medien / iwd

iwd



noch völlig unklar, wie genau das Amt für künstliche Intelligenz ausgestaltet sein wird, das die EU schaffen will.

Andere Inhalte des AI Act sind dagegen schon klar: Kern ist ein risikobasierter Ansatz – besonders risikoreiche KI-Anwendungen sollen demnach strenger reguliert werden. Ihnen werden zum Beispiel umfassendere Dokumentations- und Transparenzpflichten auferlegt und sie müssen über eine besonders hohe Cybersicherheit verfügen. Ein derartiges Hochrisiko betrifft etwa KI-Anwendungen in kritischen Infrastrukturen wie der Wasser-, Gas- und Stromversorgung.

KI-Anwendungen mit einem sogenannten unannehmbaren Risiko sind in der EU sogar vollständig verboten.

Als unannehmbares Risiko bewertet die EU beispielsweise das Social Scoring, also die ständige Bewertung des sozialen Verhaltens, wie es in China praktiziert wird. Ebenfalls in der EU verboten sind Emotionserkennungssysteme am Arbeitsplatz.

Beim risikobasierten Ansatz ist es grundsätzlich wichtig, dass die Kategorisierung für Unternehmen, die KI einsetzen und KI entwickeln, direkt ersichtlich ist und so für sie Rechtssicherheit besteht. Dies gilt umso mehr, da im AI Act erst kurz vor Schluss noch das Thema generative KI verankert wurde. Entsprechende Basismodelle, zu denen auch die ChatGPT-Grundlage gehört, hatten die EU-Gesetzgeber zunächst nicht einbezogen. Vorgesehen ist für sie nun ein zweistufiger Ansatz, der den Umfang der Vorgaben von der Überschreitung von Schwellenwerten abhängig macht – auf diese Weise sollen nur die großen amerikanischen Modelle zahlreiche Auflagen erfüllen müssen.

Außer Acht lässt das allerdings die umfassenden Verflechtungen der deutschen Industrie, die umfangreiche Anwendungen auf Basis dieser US-Modelle entwickelt. Diese Firmen könnten durch den AI Act stärker belastet werden als ursprünglich vorgesehen. Hier kommt es also ebenfalls darauf an, wie genau die letztgültigen Regeln aussehen.

Wie wichtig das Thema Rechtssicherheit für die Unternehmen ist, zeigt eine Befragung der Unternehmensberatung Deloitte aus dem Jahr 2022:

Das damit verbundene Risikomanagement ist die größte Hürde für Firmen in Deutschland, KI-Anwendungen auszubauen und zu erweitern.

Der AI Act muss folglich nachvollziehbar und bürokratiearm sein, um den KI-Sektor in Europa zu beflügeln. Außerdem sollte er möglichst alle Spielarten von KI abdecken. Doch schon jetzt können die Regulierungen kaum Schritt mit dem enormen Tempo der KI-Innovationen halten. Entsprechend schnell muss die Politik die Regulierung des AI Act nun finalisieren und aufgrund der rasanten Entwicklung im KI-Sektor nach kurzer Zeit mit Blick auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

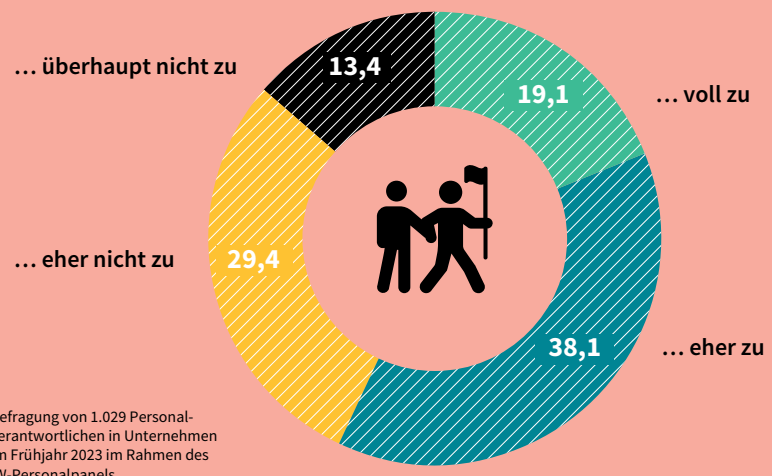
Top-Job in Teilzeit

Beschäftigung. *Bislang sind Führungskräfte, die Teilzeit arbeiten, ein Randphänomen. Da sich jedoch immer wenige Beschäftigte finden, die sich für eine Vorgesetztenfunktion interessieren, könnten Teilzeitchefs künftig deutlich stärker vertreten sein. Falls es so kommt, sind allerdings auch die anderen Mitarbeiter gefragt, mehr unternehmerische Verantwortung zu übernehmen.*

Der Fachkräftemangel ist allgegenwärtig: Es fehlen nicht nur Pfleger, Lehrer und Installateure, sondern auch Führungskräfte. So hatte laut dem jüngsten Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit jeder zweite Betrieb in Deutschland in den vergangenen Jahren größere Schwierigkeiten, Führungspositionen zu besetzen. Ursache dafür ist, dass immer weniger Beschäftigte eine leitende Position anstreben.

Führungskräfte: Hohe Erwartungen an ihre Flexibilität

So viel Prozent der Personalverantwortlichen stimmen der Aussage, dass Führungskräfte im eigenen Unternehmen zeitlich und räumlich flexibel sein und in dringenden Fällen auch im Privatleben erreichbar sein müssen …



Befragung von 1.029 Personalverantwortlichen in Unternehmen im Frühjahr 2023 im Rahmen des IW-Personalpanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Wie kann das sein? Schließlich verdienen Führungskräfte mehr als Beschäftigte ohne Personalverantwortung. Auch das gesellschaftliche Ansehen sowie das Selbstwertgefühl sprechen für einen beruflichen Aufstieg. Offenbar schrecken jedoch vor allem die zeitlichen Anforderungen an Führungskräfte potenzielle Kandidaten ab: Während immer mehr Beschäftigte ihr Arbeitspensum reduzieren, gehen die meisten Personalverantwortlichen davon aus, dass Top-Jobs nur mit längeren Arbeitszeiten und hoher Flexibilität zu bewerkstelligen sind (Grafik):

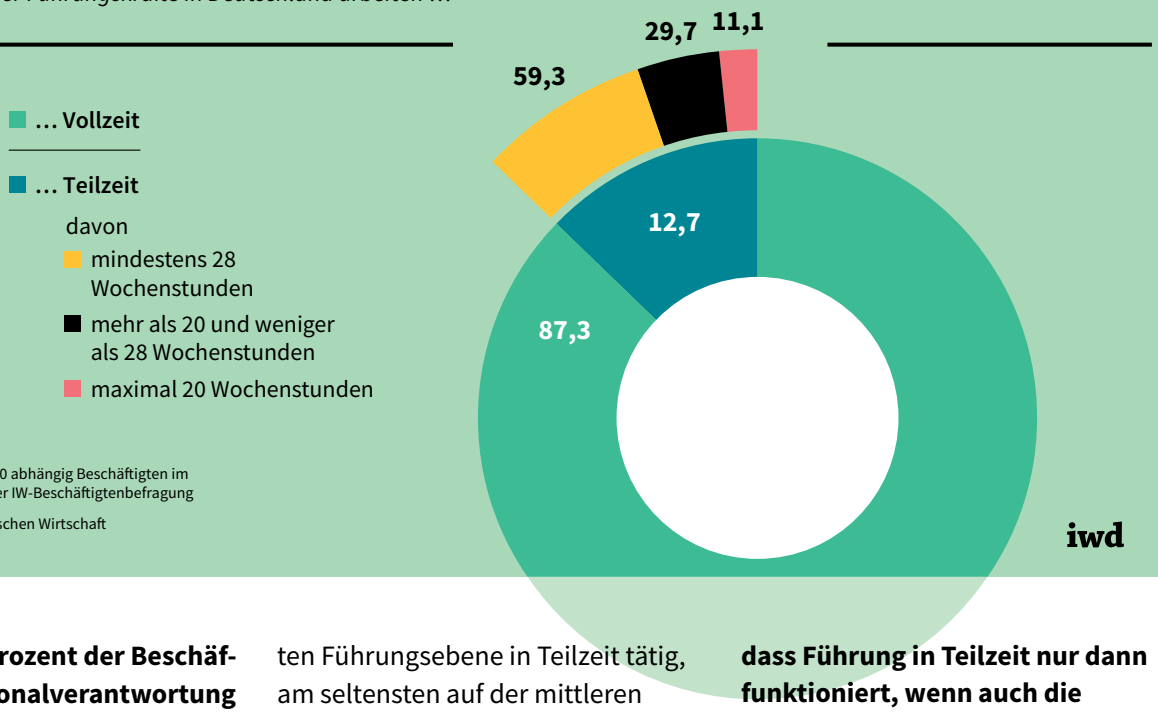
Rund 57 Prozent der Personalverantwortlichen sind der Meinung, dass Führungskräfte im eigenen Unternehmen zeitlich und räumlich flexibel sein müssen.

Die Hälfte der befragten Personaler setzt zudem ein hohes zeitliches Engagement und die Bereitschaft zu regelmäßigen Überstunden ihrer leitenden Beschäftigten voraus. Und Angaben von Führungskräften selbst spiegeln diese Anspruchshaltung wider (Grafik Seite 15):

In Deutschland arbeiten Führungskräfte in der Regel Vollzeit,

Führungskräfte in Teilzeit: Noch recht selten

So viel Prozent der Führungskräfte in Deutschland arbeiten …



Befragung von rund 4.700 abhängig Beschäftigten im März 2023 im Rahmen der IW-Beschäftigtenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

nur knapp 13 Prozent der Beschäftigten mit Personalverantwortung nutzen ein Teilzeitmodell.

Und selbst die Teilzeit-Führungskräfte arbeiten eher vollzeitnah: Annähernd 60 Prozent haben ein Pensum von mindestens 28 Wochenstunden.

Bei den Teilzeitchefs gibt es einen großen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Von den weiblichen Führungskräften arbeiten 25 Prozent in Teilzeit, bei den männlichen Führungskräften sind es weniger als 6 Prozent.

Auch die Art der Führungsposition spielt für die Wahl des Arbeitszeitmodells eine Rolle: Am häufigsten sind Frauen (28,2 Prozent) und Männer (9,4 Prozent) auf der obersten Führungsebene in Teilzeit tätig, am seltensten auf der mittleren Ebene (Frauen: 20,6 Prozent, Männer: 3,4 Prozent). Auf der untersten Führungsebene arbeiten 23,5 Prozent der weiblichen und 5,9 Prozent der männlichen Führungskräfte in Teilzeit.

Den Unternehmen ist durchaus bewusst, dass Führung in Teilzeit ein gutes Signal in puncto Vereinbarkeit von Familie und Karriere an die Belegschaft sein kann – rund 59 Prozent sehen dies so. Zugleich zeigt eine funktionierende Teilzeitführung, dass der berufliche Aufstieg nicht an ein festes Arbeitszeitvolumen gekoppelt ist. Allerdings:

Sieben von zehn Personalverantwortlichen sind der Auffassung, dass Führung in Teilzeit nur dann funktioniert, wenn auch die Mitarbeiter ohne Führungsrolle unternehmerische Verantwortung übernehmen.

Diese Beschäftigten können Führungskräfte entlasten, indem sie sich innerhalb von selbstbestimmten Teams verantwortlich um Aufgaben kümmern. Auch das Einsetzen von Stellvertretern oder das Aufteilen einer Führungsaufgabe auf zwei Personen – also das Job- oder auch Top-Sharing – können Führungskräften mehr Freiräume verschaffen.

IW-Kurzbericht 94/2023
Andrea Hammermann: Führung in Teilzeit
iwkoeln.de/fuehrung_in_teilzeit

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Sarah Neu, Alexander Weber **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

eco zoom natureOffice.com/DE-077-661530 · GOGREEN Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

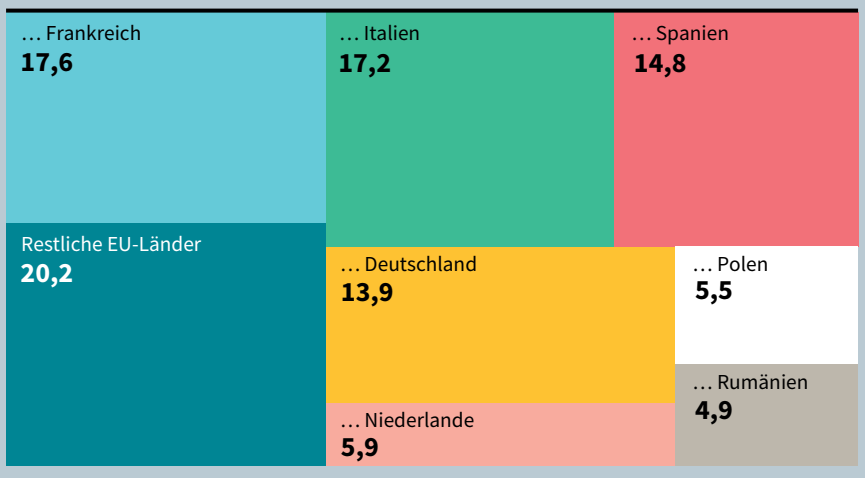
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Top-Liste: Wer hat die dicksten Kartoffeln?

Mal angenommen, all das, was die Bauern in der EU in einem Jahr produzieren, wäre ein riesiger Sack Kartoffeln. Dann wäre dieser Kartoffelsack im Jahr 2023 rund 222,6 Milliarden Euro wert gewesen. So hoch war die Bruttowertschöpfung der EU-Landwirtschaft, also der Wert der produzierten Kartoffeln zuzüglich aller Subventionen und abzüglich der Verbrauchssteuern sowie aller Vorleistungen – das sind in diesem Beispiel unter anderem die Kosten für Mutterknollen, Dünger, Pestizide oder anfallende Pachten. Deutschlands Anteil an der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in der EU betrug 2023 mit rund 31 Milliarden Euro annähernd 14 Prozent, nur Spanien, Italien und Frankreich erreichten höhere Werte.

EU-Landwirtschaft: Frankreich steuert am meisten bei

So viel Prozent der Bruttowertschöpfung der gesamten EU-Landwirtschaft im Jahr 2023 entfielen auf…



2023: Schätzung
Quelle: Eurostat
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Zahl der Woche

Mehr als 207.000

junge Menschen in Deutschland wuchsen 2022 in einem Heim oder in einer Pflegefamilie auf, das waren 2.900 Mädchen und Jungen weniger als im Vorjahr. Während jüngere Kinder bis neun Jahre häufiger in Pflegefamilien lebten, überwog ab dem zehnten Lebensjahr die Erziehung im Heim. Mit 48 Prozent war 2022 knapp die Hälfte aller Heim- und Pflegekinder jünger als 14 Jahre, 27 Prozent waren maximal zehn Jahre alt.
Viele der Kinder und Jugendlichen, die im Heim oder bei Pflegeeltern wohnen, kommen aus wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen. Fast zwei Drittel der Betroffenen oder deren Herkunftsfamilien leben teilweise oder vollständig von Transferleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung im Alter.
Der Hauptgrund, warum junge Menschen 2022 neu in Pflegefamilien oder Heimen untergebracht worden sind, ist der Ausfall der Bezugsperson, die beispielsweise krank oder – bei aus dem Ausland eingereisten Minderjährigen – nicht nach Deutschland mitgekommen ist (25 Prozent). Zweithäufigster Grund ist die Kindeswohlgefährdung (17 Prozent), gefolgt von der eingeschränkten Erziehungskompetenz der Eltern oder einzelner Elternteile, die in 13 Prozent der Fälle dazu führt, dass der Nachwuchs nicht in der Herkunftsfamilie bleibt.